

## D. Ausblick

*„Es ist bei der derzeitigen Konfusion der Paradigmen in den krisengeschüttelten Staaten die Frage, welche Omnipräsenz der globalisierten Wirtschaft gegeben wird oder den BürgerInnen-NutzerInnen der demokratischen Nationen, wenn wir sehen, dass das Recht auf eine gerechte und gleiche Kommunikation entnutzt wird, als Ressource verloren geht und der Kampf um seine universelle Gültigkeit immer schwächer wird“ (Dorrego 2000).*

Die vergleichende Betrachtung der Ergebnisse der Länderanalysen hat gezeigt, dass auf der nationalen Ebene, trotz struktureller Barrieren, Freiräume bestehen, um potentiell der Bevölkerungsmehrheit einen Zugang zu den NIKT und eine sinnvolle und entwicklungsrelevante Nutzung derselben zu ermöglichen, und dass diese in Argentinien und Peru in unterschiedlicher Art und Weise von den beteiligten AkteurInnen genutzt wurden. Die Ergebnisse werfen über die Länder hinaus auch ein Licht auf die Betrachtung zentraler Problemfelder der globalen NIKT-Entwicklung, die in der Untersuchung nur ungenügend und an einzelnen Stellen angedeutet werden konnten, für den Gesamtzusammenhang aber gleichwohl relevant sind und deshalb an dieser Stelle wieder aufgenommen werden sollen. Gleichzeitig lassen sich die meisten der diagnostizierten Phänomene und Tendenzen der Entwicklung auch in den Ländern des Nordens ausmachen und weisen kommende technologische Neuerungen auf die Tendenzen der Gesamtentwicklung hin.

In Lateinamerika stellt das auf der Individualnutzung der NIKT basierende Modell des Nordens nur für eine Minderheit der Bevölkerung eine reale Möglichkeit dar. Formen kollektiver Nutzung sind nicht nur für eine sozial ausgewogene Verbreitung der NIKT auf absehbare Zeit unverzichtbar, sondern, so zeigt das peruanische Beispiel, auch umsetzbar. Hierbei können sich öffentliche, gesellschaftliche und privatwirtschaftliche Strukturen sinnvoll ergänzen. Auch wenn die peruanischen Cabinas Públicas ein schillerndes Erfolgsmodell darstellen, kann dies nicht einfach auf die Realität anderer Länder übertragen werden. Für die Integration der NIKT in einer Gesellschaft bedarf es immer spezifisch angepasster Modelle. Sie kann nicht auf eine uniforme Weise erfolgen und muss, auch das zeigt Peru, an bestehenden sozialen Strukturen anknüpfen und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung reagieren, will sie erfolgreich sein. Entscheidend ist dabei die praktische Relevanz der NIKT-Nutzung bei der Hilfe und Lösung für alltägliche Probleme. Technischer Anschluss allein ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Die spezifisch relevanten Inhalte, Anwendungen und Ressourcen können und sollten dabei immer nur in Zusammenarbeit mit und ausgehend von der Lebensrealität der Bevölkerung erarbeitet werden, wollen sie ihnen dienlich sein.

Nicht nur in Lateinamerika, auch in Ländern der „Ersten Welt“ werden Versuche unternommen, allen Bevölkerungsmitgliedern eine Nutzung der NIKT zu ermöglichen. Gleichwohl besteht eine andere Ausgangssituation. Die Hälfte aller WesteuropäerInnen nutzte im Sommer 2001 mittlerweile die NIKT (FR 26.6.2001). Dennoch zeigt sich auch in diesen Ländern die Spaltung der Gesellschaft. So lagen etwa die neuen Bundesländer in der BRD weit hinter den alten bezüglich der NIKT-Nutzungsrate zurück und erreichten nicht einmal die Hälfte des Wertes (FR 20.6.2001). Auf der Ebene der EU wurde verschiedentlich über die Gewährleistung einer NIKT-Basisversorgung diskutiert. Der Richtlinienentwurf zum „Access for all“ vom Juni 2001 (FR 29.6.2001) betont, dass der Markt die Gewährleistung selbstregulierend übernehmen soll. Dass Privatunternehmen dies nicht notwendigerweise können und wollen, ist in den Länderstudien sehr deutlich geworden. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium kommentierte dennoch stolz: „Wir haben hier eine sehr liberale Position durchgesetzt“ (Ebda.). Gleichzeitig wurde von der EU dabei die NIKT-

Grundversorgung in bisher einzigartiger Offenheit definiert: So sollen alle über einen Internetzugang verfügen, allerdings nicht über einen schnellen und funktionsfähigen, sondern denjenigen der vorletzten Generation. Finanziert werden soll das Vorhaben über einen einzurichtenden Fond, dessen Ausstattung bislang nicht konkretisiert ist (Ebda.). Dass auch hier erneut eine Quadratur des Kreises vollzogen werden soll, ist ebenso offensichtlich, wie die Vermutung nahe liegt, dass die Regierungen und damit letztlich die SteuerzahlerInnen selbst den Allgemeinzugang finanzieren sollen.

Dass der praktische Umgang mit den NIKT, ihr konkreter Einsatz zur Problemlösung und damit die Sinnfrage der Nutzung, bei derartigen Projekten der erste und nicht der letzte Schritt sein sollte, ist bis heute nicht ins breite Bewusstsein der EntscheidungsträgerInnen vorgedrungen, auch wenn seit geraumer Zeit unter dem Stichwort der „Medienkompetenz“ über eine derart praxisnahe und verantwortliche NIKT-Nutzung diskutiert wird. Vielmehr scheinen PolitiklerInnen auch hier erneut Schlagworte aufzunehmen und ihren Diskurs anzupassen, statt tatsächliche Einsicht unter Beweis zu stellen (Simonis 2001). Durch die Kommerzialisierung der Netzwelt angetrieben, scheinen zahlreiche VolksrepräsentantInnen geradezu besessen davon, mit aller Macht den Anschluss der „Ersten“ wie der „Dritten Welt“ durchführen zu wollen, ohne sich auch nur annähernd über Sinn und Möglichkeiten der NIKT jenseits kapitalistischer Verwertungsinteressen bewusst zu sein bzw. sich dafür zu interessieren. Es bestätigt sich immer mehr die Vermutung, dass sie trotz proklamierter „Wissensgesellschaft“ faktisch kaum über ein Wissen darüber verfügen, was die NIKT sind, und wofür sie sinnvoll nutzbar sein können. Die BRD und auch die USA bilden diesbezüglich keine Ausnahmen und unterscheiden sich nicht von Argentinien. Zahlreiche Großprojekte zeugen von diesem Fakt. Demokratie-erweiternde Potentiale der NIKT werden dabei genauso geflissentlich ignoriert, wie die Tatsache, dass seit den 80er Jahren in vielzähligen gesellschaftlichen wie wissenschaftlichen Projekten und Institutionen in vielen Ländern der Welt ein angepasster und sinnvoller Einsatz der NIKT praktiziert wurde und wird. Solange die Politik sich aus dem Geschehen raushielt, konnten sich ExpertInnen und AktivistInnen beruhigt zurücklehnen und den Kopf schütteln. In dem Maße, wie die Politik allerdings konkrete Eingriffe in die Netzwelten vornimmt und diese von derartig fahrlässiger Inkompetenz begleitet werden, wachsen allenthalben Unruhe und Unmut.

Zwei allgemeine Haupttendenzen, die auch bei der Betrachtung Argentinien und Perus deutlich wurden, lassen sich bei einer globalen Analyse der NIKT-Entwicklung ausmachen: Eine weiter voranschreitende Kommerzialisierung der NIKT-Nutzung und des Internet selbst, sowie eine parallele Integration in umfassende nationale und globale, staatliche wie privatwirtschaftliche Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen. Beide Wesenszüge laufen auf eine Umstrukturierung des Internet und der NIKT-Nutzung in ihrer anfänglichen Form hinaus und machen, wollen sie erfolgreich sein, ihren Umbau unumgänglich (Lessig 2001). Das wesentliche Charakteristikum von NIKT und Internet ist, bei aller Skepsis über den militärischen Ursprung der Technologien, die grundsätzliche Offenheit und Flexibilität der technischen Architektur. Diese ermöglichte eine allgemeine Anonymität im Netz, die heute in dieser Form bereits nicht mehr existiert. In den Jahren nach 1995 ist es durch Regulierungen und technische Neuerungen bereits zu bedeutenden Veränderungen der „Internet-Realität“ gekommen, etwa durch den Aufbau der ICANN, die Bildung internationaler Aufsichts- und Kontrollgremien, die Ausweitung polizeilicher und geheimdienstlicher Überwachungsmaßnahmen oder die Einführung technischer Kontrollmodule und -kapazitäten in Netzwerken, Anwendungssoftware etc. Gleichzeitig zeichnet sich immer deutlicher ab, dass insbesondere aufgrund der sich verringern den Werbeeinnahmen infolge der „Dot-Com“-Krise das „Gratisparadies“ Internet, zusätzlich zu den Tarifgebühren, immer mehr in gebührenpflichtige Zonen unterteilt wird

(Krempf 2001a). Insgesamt zeigt sich damit Anfang des 3. Jahrtausends, dass der Traum vom Zeit- und Raumgrenzen überschreitenden Internet, eine kurze Utopie der späten 80er und frühen 90er Jahre war. Statt einer postulierten grundsätzlichen Freiheit, die in der „kalifornischen Ideologie“ (Barbrook/Cameron 1997) ihren westlich-paternalistischsten Ausdruck fand, werden durch Kommerzialisierung und Kontrolle neue Grenzen im Cyberspace gezogen. In dem Maße, wie Internet und NIKT verwaltet, eingeteilt und kontrolliert werden, werden klar unterscheidbare Teilsegmente und Barrieren erkennbar, die die neue Geographie des Internet bilden.

Der E-Commerce bildet trotz der proklamierten, „revolutionären“ Bedeutung bisher in keinem Land der Welt eine relevante Größe. So wird laut optimistischen Schätzungen in Westeuropa 2001 lediglich 1% des Gesamtumsatzes Online erzielt, und selbst in den USA nur 3% (FR 26.6.2001). Ebenso hinkt auch in der „Ersten Welt“ die Regulierung der tatsächlichen Entwicklung und der Propaganda hinterher. So trat beispielsweise in der BRD erst im Mai 2001 ein Gesetz zur elektronischen Signatur in Kraft, das den elektronischen Handel absichern soll. Ein weitergehendes E-Commerce Gesetz fehlt vollständig und VerbraucherInnen wie Datenschutz warten seit Jahren auf eine Anpassung an die gegenwärtigen Bedingungen (FR 23.5.2001). Dennoch dominiert auch in der BRD der techno-optimistische Diskurs, der gerade die wirtschaftliche Nutzung zum zentralen Sinnbild der NIKT aufbaut, und davon ausgehend eine rosige Zukunft für alle preist, die realen Auswirkungen aber oftmals verschleiert. Die NIKT und ihre Verbreitung innerhalb der Bevölkerung spielen hierbei fast ausschließlich als Standortfaktoren eine Rolle.

Die Instrumentalisierung der Sprache bildet gerade bei den NIKT einen systematischen Bestandteil, wie sich auch in dieser Untersuchung gezeigt hat. Dass es sich etwa bei den „Hoffnungswerten der New-Economy“ nicht nur um Börsenspekulationen oder elektronische Geschäftsabwicklungen handelt, sondern eine umfassende Umstrukturierung und Neuausrichtung der Produktionsweise angestrebt ist, wird daran deutlich, dass sie faktisch u.a. als Transmissionsriemen zur Abschaffung erreichter Sozialstandards innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung dienen. Diese diskursive Instrumentalisierung hat nicht nur eine ideologisch-legitimatorische Funktion, sondern eine materielle Dimension, da sie trotz bislang mangelnder finanzieller Bedeutung handfeste Effekte produziert. Dies ist an mehreren Punkten der Arbeit und besonders im argentinischen Fall deutlich geworden. Es scheint überspitzt formuliert nur noch eine Frage der Zeit, bis wir alle in private und alleinverantwortliche Aktiengesellschaften umgeformt sind, bei denen die Bewegungen des Marktwertes von Akteuren vollzogen und bestimmt werden, die sich gänzlich außerhalb der Reichweite des Einzelnen befinden. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass aufgrund der Ernüchterung über die spektakulären Börsengewinne in Folge des Etappen-Crachs seit Mitte 2000, die Euphorie in ihr Gegenteil umschlägt. Der techno-pessimistische Diskurs prägt heute bereits zahlreiche Argumentationen, etwa wenn in diametraler Umkehrung zu den Proklamationen vorhergehender Jahre von Politikern behauptet wird, „die NIKT sind nicht das Rückgrat für Entwicklung“ (Jaura 2001). Eine kritische Beachtung der Transformationen droht im selben Rhythmus zu sinken, wie die Spekulationskurven, und damit der konkrete Gehalt der Auswirkungen verkannt oder verharmlost zu werden. Gerade die ernüchternde Zwangspause böte demgegenüber eine erneute Chance, die NIKT-Entwicklung kritisch zu überdenken.

Der Einfluss transnationaler Konzerne und ihrer internationalen Organisationen und Gremien auf die Politikgestaltung hat nach 1989 bis dahin ungekannte Ausmaße angenommen. Gerade auch im Bereich der NIKT lässt sich dieser Einfluss deutlich bemerken, wie auch in den Länderstudien zu sehen war. Demgegenüber übernimmt die Politik bewusst und auffallend einsei-

tig und bereitwillig eine Haltung, sich fast vollständig und allein zum Exekutoren dieser Kapitalinteressen zu machen und die Durchsetzung der anvisierten Umstrukturierungen gegen den Willen und die Interessen der Bevölkerungsmehrheit zu gewährleisten. Dieses Charakteristikum zeigt sich in Argentinien und Peru ebenso wie etwa in den USA oder der BRD. Dabei wird deutlich, dass es im Rahmen der globalen Umstrukturierungsprozesse auch über und mit den NIKT zur Herausbildung einer neuartigen Regierungsweise und -rationalität kommt, sich eine neuartige Gouvernamentalität abzeichnet (Foucault 2000, Lemke et al. 2000). Zentral ist hierbei, dass im Rahmen des zugehörigen Diskurses immer auch an die Selbstpraktiken (Foucault 1988) der BürgerInnen appelliert wird und diese dabei systematisch eingesetzt werden. Dies ist einer der Gründe, warum PolitikerInnen dabei behaupten können, im Interesse der Bevölkerung zu handeln. Der systematische Einsatz der Praktiken der Individuen, ihre Lenkung und die Produktion ihrer Bedürfnisse, Interessen und Handlungsweisen über ein Dispositiv und mittels einer Rationalität, die durch sie hindurch und erst über ihre Handlungen funktionieren, ist ein Aspekt, der bei einer Analyse der NIKT-Entwicklung quasi beispielhaft verdeutlicht werden kann, in dieser Untersuchung allerdings nur an einigen Stellen markiert werden konnte<sup>183</sup>. Ein weiterer Bestandteil des Diskurses ist neben dem Appell an das eigenverantwortliche Individuum als Manager seiner Selbst in jedem Fall die technooptimistisch-idealistische Betrachtungsweise der NIKT, die in dieser Arbeit ebenfalls an vielen Punkten offenbar wurde. Parallel zu dem Mechanismus, der auf die Praktiken der Einzelnen setzt, die jene des Staates ersetzen sollen, wird eine immer weiter voranschreitende „Befreiung“ der Wirtschaft von ehemals etablierten Auflagen vollzogen, die im Interesse der Allgemeinheit im Rahmen des Wohlfahrtsstaatsmodells entstanden sind. Um die Wirtschaft dennoch „im Zaum zu halten“, wird dabei, statt auf direkte Auflagen, fast nur noch auf „freiwillige Selbstverpflichtungen“ gesetzt, die quasi eine Umkehrung der Selbstpraktiken der Individuen und tatsächlich einen Freifahrtschein für die Unternehmen darstellen, allein nach ihrem Gutdünken zu walten und zu schalten und dabei nicht länger von Allgemeininteressen oder der Politik belästigt zu werden. Der Rhythmus der eingeleiteten Umstrukturierungen wird dabei in der BRD, wie in Argentinien oder Peru, von internationalen Organisationen, wie der WTO, vorgegeben und zu einem „objektiven“ Sachzwang konstruiert.

Die damit einhergehende Aushöhlung und Privatisierung der Demokratie, somit die Kapitulation der Politik vor den Interessen des Kapitals, die bei der Regulierung der NIKT und der Betrachtung der übergreifenden Transformationen in Argentinien und Peru vielfach deutlich wurde, ist ein globales Phänomen. Kaum noch merkwürdig mutet an, dass sich alle Beteiligten auf ein und dasselbe Modell formaler Repräsentation geeinigt haben. Die bewusste, enorme Erosion der Sprache ist auch dabei ein zentraler Bestandteil. Opportunismus scheint kaum noch Grenzen zu kennen. Es sind wenige Ausnahmen aufrechter PolitikerInnen, die noch versuchen, gegen diese massiven Tendenzen ein Gegengewicht zu bilden. Gleichwohl gibt es sie noch, PolitikerInnen wie etwa die Abgeordneten Elisa Carrió in Argentinien oder Anel Townsend und Daniel Estrada in Peru, die daran glauben, dass eine aktive Gestaltung im Interesse der Bevölkerung nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, und die Politik nicht allein zum Exekutoren von Kapitalinteressen verkommen darf. Dabei geht es vor allem auch darum - und dies ist ebenfalls bei den NIKT beispielhaft deutlich geworden - transnationalen Unternehmen gewährte Privilegien einzuschränken bzw. diese zu konterkarieren, weil sie zu einer

---

<sup>183</sup> Es obliegt einer zukünftigen Arbeit die spezifische Regierungsrationalität und -weise der Gegenwart und ihre Zusammenhänge mit den NIKT, quasi die „Gouvernamentalität des Internet“, zu untersuchen und ihre Charakteristika, genauen Funktionsweisen und Wechselwirkungen mit parallelen und vorhergehenden Prozessen und Praktiken herauszuarbeiten.

vollständigen Verzerrung des angeblich freien Marktes und einer Entrechtung der Bevölkerung führen. Diese Privilegien bestehen zumeist in der Etablierung von Steueroasen und vollständigen Auflagenbefreiungen innerhalb der einzelnen Nationalstaaten, sei es z. B. bezüglich Arbeits-, Sozial oder Umweltstandards. Längst bedarf es weniger offizieller „Freihandelszonen“, da innerhalb der einzelnen Ökonomien für fast alle transnationalen Unternehmen „befreite Inseln“, quasi extralegale „Regierungs-freie“ Zonen geschaffen wurden. Die Drohung der Konzerne, im Falle einer Nichtgewährung der „Vergünstigungen“ in ein anderes Land zu siedeln, bildet das zentrale Legitimationsmuster für die betriebene Regierungspolitik. Wirtschaftsunternehmen können sich heute insgesamt gesehen auf eine Art und Weise und in einem Ausmaß parasitär verhalten, wie es nach der Phase des Frühkapitalismus im 19 Jahrhundert kaum für möglich gehalten wurde. Dies wurde in den Studien besonders deutlich, trifft aber nicht nur auf die Länder des Südens, sondern auch die des Nordens zu. Dass die flankierende einseitige und defizitäre Politik nicht nur durch das Agieren wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Akteure beeinflusst werden kann, sondern dass die negativen Folgen der wirtschaftlichen Logik durch Auflagen konterkariert werden können, um soziale Funktionen zu erfüllen und die Verzerrungen auszuräumen, hat das peruanische Beispiel deutlich gezeigt. Bei der Herstellung des notwendigen Handlungsspielraums zur Durchsetzung dieser Politik kam der Interessenartikulation gesellschaftlicher Gruppen eine entscheidende Bedeutung zu.

Das Primat der Ökonomie hat zahlreiche Effekte auf die Länder des Südens. Die mit der Logik einer bestimmten Art und Weise der Implementierung der NIKT einhergehenden Transnationalisierungs- und enormen Konzentrationsprozesse und ihre Effekte auf nationale Ökonomien sind in beiden Ländern sehr stark deutlich geworden und bilden ein globales Phänomen, das sich in (fast) allen Ländern der Welt diagnostizieren lassen dürfte. Auch der globale Arbeitsmarkt scheint insbesondere im Bereich der NIKT immer größere Bedeutung zu erlangen. Entsprechend groß ist das Wettrennen der führenden Industrienationen um die „klügsten Köpfe“. Dass hierbei nicht nur durch Maßnahmen, wie die Einführung der „Green Card“-Regelung in der BRD, ein massiver „brain drain“ mit allen bekannten Negative Auswirkungen auf die Länder des Südens verursacht wird, bildet heute kaum noch ein Thema der Diskussion. Defizite des hiesigen Arbeitsmarktes und des parasitären Agierens der Unternehmen sollen so ausgeglichen werden, auf Kosten der „Dritten Welt“. Gerade weil die traditionelle und die modernisierte Entwicklungshilfe - unabhängig von grundsätzlicher Kritik an derselben - kein Gegengewicht bildet, sondern vielmehr diese und andere Negativeffekte verstärkt, bedarf es auch hier einer Obacht und offensiven Gegenposition (FG-GI 2000).

Im Falle der NIKT verschränken sich aber auch durch das Agieren der Unternehmen verursachte Zwänge und technologische Entwicklungen. Die Aufhebung des Gerichtsbeschlusses zur Zerschlagung des Unternehmens Microsoft (FR 29.6.2001) stellt beispielsweise einen Rückschritt dar, der in seiner Reichweite insbesondere für die weitere Entwicklung der NIKT kaum überschätzt werden kann. Ebenso bilden Überwachungsmaßnahmen im steigenden Maße eine Tendenz ökonomischer NIKT-Nutzung, was etwa in der „Dot-Net“ Strategie von Microsoft besonders deutlich wird (FR 6.6.2001). Umfassende Formen von Überwachungsmaßnahmen haben im Zuge der Ausbreitung der NIKT weltweit zugenommen, und es ist anzunehmen, dass diese systematisch weiter vorangetrieben werden. Hierbei ergänzen sich die Maßnahmen, die auf unterschiedlichen Ebenen seitens des Staates und der Privatwirtschaft, aber auch der Gesellschaftsmitglieder selbst ansetzen. Das zur Legitimation herangezogene konstruierte Bedrohungsszenario wird weiter ausgebaut und zeigt trotz fehlender substantieller Belege manifeste Effekte. So sind sich über 50% der UnternehmerInnen laut Price Waterhouse darin einig, dass Computerverbrechen oder „Cybercrime“ künftig das Hauptrisiko wirtschaftlicher Aktivitäten darstellen (FR 12.7.2001). Fast täglich finden aufmerksame Lese-

rInnen in Tageszeitungen oder anderen Medien „Belege“ für diesen Trend. Laut Untersuchungen der „Privacy Foundation“ werden weltweit pro Jahr bereits DM 320 Mio. für die Online-Überwachung der Beschäftigten in Großunternehmen ausgegeben. Allein in den USA werden 14 Millionen Beschäftigte bei der NIKT-Nutzung ständig überwacht (FR 12.7.2001). Der im Zuge des massiven Preisverfalls für hochtechnologische Überwachungseinrichtungen anwachsende Markt für Endkunden zeigt nicht nur in Argentinien große Früchte. Die Entwicklungen werden auch in der BRD, deren Bevölkerung gemeinhin als eine der aufmerksamsten bezüglich Überwachungsmaßnahmen gilt, kaum von einer kritischen Öffentlichkeit begleitet. So finden gerade hier bereits Eingriffe in die Privatsphäre statt und sind weitere in Planung, die nach Expertenmeinung eine „Vollüberwachung als Normalfall“ (Kelber 2001) nach sich ziehen und, von engagierten AktivistInnen abgesehen, gerade kein allgemeines Aufsehen erregen. Die von der BRD erlassenen Maßnahmen zur umfassenden Überwachung (BMW 2001, DB 1997) dienen weltweit als zentrale Referenzen bei der Ausarbeitung anderer nationaler und multilateraler Abkommen. Würden derart offensive Maßnahmen, wie das unbemerkbare und unangekündigte Mitlesen der Privatkorrespondenz durch Staatsbedienstete im traditionellen Briefverkehr vielleicht noch eine Empörung auslösen oder zumindest nicht durchsetzbar sein, erregt dies im Falle von Emails kaum die Gemüter. Das Erschreckende an diesen Tendenzen ist die massive Sorglosigkeit und Naivität, mit der dabei die BürgerInnen-NutzerInnen auf's Glatteis geführt werden, wenn sie ins Internet hineingedrängt und gleichzeitig, zumindest von offizieller Seite, kaum über diese und andere Risiken aufgeklärt werden. Alle Einwände von ExpertInnen, etwa gegen die Unzuverlässigkeit oder Ungenauigkeit der Überwachungspraktiken, ihre grundsätzliche Sinnfrage und die fehlende Verfassungsmäßigkeit, werden heute im Bunde von Politik und Wirtschaft vom Tisch gewischt, wie etwa bei der Anhörung zur europäischen Cybercrime-Konvention im Bundestag im Juni 2001 (FR 5./6.7. 2001). Das digitale Panopticon (Lyon 1994) scheint weniger eine pessimistische Zukunftsvision, als vielmehr in großem Umfang bereits Realität. Die im Zuge der Konjunktur innerer Überwachungs- und Sicherheitsmaßnahmen, infolge des WTC/Pentagon-Angriffs nach dem 11. September 2001, in vielen Ländern der Welt und internationalen Gremien erlassenen Ausweitungen der Befugnisse von Geheimdiensten und Polizei markieren dabei einen beschleunigten Sprung auf dem Weg zur globalen Kontrollgesellschaft und höhlen die demokratischen Grundrechte vollständig aus (Krempel 2001b, Rötzer 2001, HU 2001).

Es wäre naiv, vor diesen Tatsachen die Augen zu verschließen. Vielmehr gilt es, in Argentinien oder Peru ebenso wie in der BRD und anderen Ländern, gemeinsam mit dem Recht auf Information(szugang) das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und des Schutzes persönlicher Daten und der Privatsphäre offensiv einzufordern und gegen diese Angriffe zu behaupten. Zwar wurden die realen Möglichkeiten der NIKT-Nutzung im Zuge der Kommerzialisierung und Überwachung der Netzwelt in den vergangenen Jahren systematisch und bereits weitgehend eingeschränkt. Gleichwohl existiert immer noch ein nutzbarer Freiraum, der auch bei der Ausübung des beschriebenen Rechts und für Gegenmaßnahmen gegen die Entwicklungen genutzt werden kann und wird. Gerade das peruanische Beispiel macht dabei deutlich, dass durch offene Konfrontation und Hartnäckigkeit auch auf der nationalen Ebene weitreichende Erfolge erreicht werden können. So, wie die Regulierung der NIKT in vielen Bereichen allerdings internationale Abkommen und Harmonisierungen notwendig macht, wie es an vielen Stellen der Untersuchung deutlich geworden ist, genauso verlangt der Kampf für eine informationelle Selbstbestimmung gerade weil es sich bei der Kommerzialisierung und Überwachung um weltweite Phänomene handelt aber auch ein globales Vorgehen und nationen-übergreifende Absicherungen.

Parallel zu diesen globalen Tendenzen der Kommerzialisierung und Überwachung schreitet die technische Entwicklung unablässig voran. Ihr liegt ein Moment inne, das eine ziellose Hochrüstung bei steigendem Ressourcenverbrauch und eklatanten Negativeinflüssen auf die Umwelt bewirkt. Die Umweltbilanz der NIKT ist verheerend. Kein anderes Medium ist derart Ressourcen- und Energie-verbrauchend, wie der vernetzte Computer (Kerckhove 1996, Malley 1998, Krempel 2000). Die technologische Hochrüstung steigert diesen Effekt weiter. So benötigt ein 64-Bit-Chip mit 800 Mhz. beispielsweise fast fünfmal so viel Strom, wie ein 32-Bit-Chip mit 1,3 Ghz. (Stiller 2001). Nur 6 % der PCs werden recycled und der hochtoxische, elektronische Sondermüll belastet in enormen Mengen herkömmliche Deponien (SVTC 2001). Neunzehn Tonnen Rohstoffe werden bei der Produktion eines herkömmlichen PC mit Bildschirm verbraucht (Malley 1998). Einer der wichtigsten Rohstoffe für die Computer- und Handy-Produktion ist Columbit-Tantalit (Coltan). Der Weltmarktpreis ist innerhalb weniger Jahre von 96 DM pro Kilo auf 1.760 DM gestiegen (FR 27.6.2001). Coltan-Vorkommen existieren in wenigen Ländern der Welt. Ein Hauptlieferant ist die Republik Kongo. Dort zeigen sich aufgrund des Förderbooms verheerende Folgen für die Umwelt und Tierwelt. Insbesondere Gorillas und Schimpansen wird der Lebensraum im Nationalpark Kahuzi Biega genommen, in dem sich das Hauptvorkommen befindet, und sie dienen zudem als Fleisch-Lieferanten für die Zehntausenden ArbeiterInnen (Ebda.). Zugleich fördert der Coltan-Abbau koloniale Ausbeutungsstrukturen und Abhängigkeitsverhältnisse und den Krieg in der Republik Kongo, da die ruandische und die ugandische Armee ihre Soldaten aus den Erlösen finanzieren (Plate 2001).

Die technischen Modernisierungen, wie die Ende 2001 anstehende 64-Bit-Technologie für PCs oder etwa die UMTS-Übertragungen im Mobilfunkbereich, stehen gleichzeitig in keinerlei Verhältnis zu den verbreiteten Anwendungs- und Nutzungsformen, sondern scheinen einzig der Notwendigkeit der Profitakkumulation der Unternehmen zu folgen. Nicht erst im Jahr 2001, sondern bereits vor fünf Jahren und früher verfügten Einzelpersonen, ebenso wie Regierungen oder andere Institutionen über gigantische Rechnerleistungen, die lediglich zu einem Bruchteil genutzt werden. Potential und Einsatz klaffen seitdem immer weiter auseinander. Die marktbeherrschenden Unternehmen werden gleichwohl nicht müde, im Rhythmus der Technologieentwicklung Anwendungen zu erfinden, die das Weiterrüsten notwendig erscheinen lassen, aber gleichwohl eines ernstzunehmenden Sinngehalts in steigendem Maße entbehren. Die Spirale der Sinnlosigkeit wird so immer weiter in die Höhe getrieben. Zwar ist es augenscheinlich, dass die NIKT von sich aus die drängenden Probleme der Welt nicht lösen werden und dass derartige Argumentationen lediglich eine Naivität oder diskursive Strategie ihrer Befürworter offenbaren. Dennoch bilden auch die NIKT keine Ausnahme bezüglich der Feststellung, dass eine weitgehende Nichtausschöpfung realer Möglichkeiten aufgrund der kapitalistischen Verfasstheit unseres Wirtschaftssystems dazu führt, dass etwa trotz ausreichend zur Verfügung stehender Nahrungsmittel, Millionen Menschen jährlich verhungern und die Mehrheit der Weltbevölkerung eine Befriedigung der Grundbedürfnisse entbehrt, oder etwa trotz ausreichender Rechnerleistung, zahlreiche Einsatzmöglichkeiten der NIKT und daraus resultierende Erhöhungen der Lebensqualität für die Bevölkerungsmehrheit ungenutzt bleiben.

Bei der technologischen Hochrüstung wird nicht nach dem Sinn gefragt und gleichzeitig wirkt sie immer ausschließend und erzeugt weiteren Anpassungsdruck. Unter den kapitalistischen Wirtschaftsbedingungen ist der technologische Vorsprung und Ausschluss, somit die viel beklagte digitale Spaltung und deren kontinuierliche Reproduktion und Ausweitung, gerade ein Funktionsbestandteil des Systems und Entwicklungsbedingung. Es wird zu weiteren technologischen Neuerungen kommen. Dabei werden die alten „Leapfrogging-“ und „Heilsverspre-

chungen“ ebenfalls weiter reproduziert. Sie haben gerade nicht ausgedient, obwohl sie - wie auch hier dargestellt wurde - in ihrer naiven Form gescheitert sind, sondern werden innerhalb des Systems perpetuiert. Es ist an der Zeit hier eine realistische Position zu betonen, die eine adäquate Nutzung und Ausschöpfung bestehender technologischer Potentiale bei einer gleichzeitigen Weiterentwicklung forciert. Dies verlangt eine verantwortliche gesamtgesellschaftliche Reflektion über Sinn und Unsinn der technologischen Nutzung und Entwicklung. Da diese fast ausschließlich dem Privatsektor überlassen ist, ist zu befürchten, dass auch in den kommenden Entwicklungen die diagnostizierten Probleme und Fehler weiterbestehen werden. Derzeit entstehen gemeinschaftliche Anstrengungen im Netz, die auf alten Organisationen der Frühzeit des Internet basieren, wie etwa der „Association for Progressive Communications“ (APC) ([www.apc.org](http://www.apc.org)). In ihrem Projekt "Monitor de Políticas de Internet en América Latina y el Caribe" ([listas.ecuanex.net.ec/listas/listinfo/politicas-internet-lac](http://listas.ecuanex.net.ec/listas/listinfo/politicas-internet-lac)) liegt der Schwerpunkt darauf, in einer Diskussion unter interessierten ExpertInnen und NIKT-NutzerInnen in Lateinamerika die bisherigen Bestrebungen aus Politik und Wirtschaft zur Regulierung der NIKT hinsichtlich ihrer Verträglichkeit mit gesellschaftlichen Anliegen zu überprüfen und zu bewerten. In Afrika wird ein ähnliches Projekt durchgeführt. Es obliegt den daraus resultierenden und anderen Studien weitere Aspekte der NIKT-Entwicklung detaillierter zu untersuchen. Die Aktivitäten geben Anlass zur Hoffnung, dass sowohl die Auswirkungen der NIKT auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft von Seiten der kritischen Wissenschaft und NutzerInnen detaillierter und systematischer analysiert werden, als dies in den vergangenen Jahren geschehen ist, als auch dazu, dass sich die kommenden Entwicklungen wieder stärker an den Notwendigkeiten und Interessen der NetznutzerInnen selbst orientieren, und damit ehemalige Ziele des Internet in Wissenschaft und Gesellschaft heute wiederbelebt werden können. Die Arbeiten stellen dabei auch den Versuch dar, einen Freiraum zurückzuerobern, der vor der wirtschaftlichen Kolonialisierung der NIKT bereits bestand, nach 1995 zunehmend eingeschränkt wurde und im Zuge des Zusammenbruchs der „New Economy“ vielleicht wieder zurückgewonnen werden kann. In jedem Fall liegt es an den NutzerInnen, diesen erneut zu besetzen.

In der Grundsatzerklärung der Diskussionsliste des APC vom April 2001 werden die zentralen Determinanten und Erscheinungsformen der Internet-Transformation nach 1995 markant zusammengefasst und gegen sie Position bezogen. Formuliert und eingefordert wird gegenüber den Kommerzialisierungs-, Beherrschungs- und Überwachungstendenzen ein Recht auf Information, das nicht nur ein Recht auf ungehinderten Zugang zu den NIKT umfasst, sondern ebenso die gesellschaftliche Bestimmung der Bedingungen, Inhalte und Formen der Nutzung einfordert. Es stellt sich damit offensiv gegen die beschriebenen Tendenzen und versucht den Gestaltungsfreiraum, der von den Regierungen an die Privatwirtschaft übertragen wurde, im Interesse der Bevölkerungsmehrheiten zurückzuerobern. In der Diskussion selbst werden die NIKT dabei auch wieder zu einem Werkzeug des gemeinsamen Austauschs und politischer Aktion. Es bleibt zu hoffen, dass Aktivitäten, wie die der APC, Wirkungen erzeugen können, die eine weitgehende und kritische Nutzung der NIKT und ihrer Infrastruktur im Interesse der Bevölkerungsmehrheiten ermöglichen und Einfluss nehmen auf Entwürfe und Regulierungen, im Norden wie im Süden. In jedem Fall verdeutlicht dieses Beispiel einmal mehr, dass es sich dabei um einen politischen Kampf handelt, bei dem unterschiedliche Akteure unterschiedliche Interessen verfolgen und um die Definitionsmacht ringen. Inwieweit die Kräfteverhältnisse dabei im progressiven Sinne genutzt werden können, kann sich erst in den Auseinandersetzungen selbst zeigen. Die Ergebnisse der in dieser Arbeit diskutierten These entwerfen ein facettenreiches Bild, zeigen allerdings, dass selbst unter äußerst repressiven Bedingungen Freiräume bestehen, die genutzt werden können.